



WAHLEN 2011

Die SP ist bereit – das Ziel klar: Ständerat Zanetti und zwei Nationalratsmandate

Marco Simon

Die noch junge SP-Sektion Oberbuchsiten am Jurasüdfuss hat im Dezember 2010 den engagierten Jungpolitiker und Studenten Marco Simon einstimmig zuhanden der Amteipartei Thal/Gäu als Nationalratskandidaten nominiert. Simon ist aktives JUSO- und SP-Mitglied, präsidiert die Ortssektion und ist Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn.



Franziska Burkhalter und Andreas Bühlmann

Die SP-Sektion Biberist hat im Dezember einstimmig Franziska Burkhalter und Andreas Bühlmann als Nationalratskandidaten zuhanden der Bezirksversammlung nominiert. Die



der Finanzkommission tätig. Schafer sitzt seit 2009 im Kantonsrat, ist Mitglied der Geschäftsprüfungskommission und von Beruf Lokführer, sowie Stadtrat von Olten. Beide möchten sich für den Erhalt und die Ausgestaltung der Sozialwerke im Sinne aller Versicherten einsetzen.

Philipp Hadorn und Roberto Zanetti

Die gut besuchte Versammlung der Sektion Gerlafingen hat den amtierenden Ständerat Roberto Zanetti einstimmig als Ständeratskandidat, sowie Philipp Hadorn als National-



Edna Baumgartner und Irene Meier

Im Januar 2011 nominierte die SP der Amtei Dorneck-Thierstein Edna Baumgartner aus Dornach und Irene Meier aus Rodersdorf einstimmig als Nationalratskandidatinnen zuhanden der Kantonalpartei. Amteipräsident und Kantonsrat Hans-Jörg Staub dankte den beiden anlässlich der gut besuchten Versammlung in Hofstetten-Flüh für Ihre Bereitschaft, sich dieser Herausforderung zu stellen und wünschte ihnen viel Glück und Durchhalte-



willen «auf dem Weg nach Bern». Baumgartner arbeitet als Verfahrensleiterin im Justiz- und Sicherheitsdepartement in Basel-Stadt und engagiert sich in der Verkehrskommission sowie im Vorstand der SP Dornach. Meier ist Gemeinderätin und dort Leiterin des Ressorts Soziales, Kultur und Sport sowie Mitglied der Geschäftsleitung der SP Kanton Solothurn.

Sektionspräsidentin Fatma Tekol freute sich, dass die SP Biberist dem Bezirksparteitag zwei erfahrene Persönlichkeiten vorschlagen kann. Burkhalter ist Lehrerin, verheiratet und Mutter von vier Kindern, Kantonsrätin und Mitglied der Finanzkommission sowie im Fraktionsvorstand. Bühlmann ist Chef des Amtes für Finanzen im Kanton Solothurn, verheiratet und Vater von zwei Kindern, Vizegemeindepräsident und war langjähriges Mitglied im Kantonsrat.

Susanne Schaffner und Peter Schafer

Die Mitglieder der SP Olten haben Susanne Schaffner-Hess und Peter Schafer ins Rennen um ein Nationalratsmandat geschickt. Die



ratskandidaten nominiert. Zanetti amtet seit einem Jahr als Ständerat, hat sich sehr gut eingelebt und die Arbeit im «Stöckli» bereitet ihm viel Freude. Die Worte des Standesvertreters werden gehört und haben kantonal wie auch national ein bemerkenswertes Gewicht. Gerne würde er für eine weitere Legislatur den Kanton Solothurn vertreten. Kantonsrat Philipp Hadorn, ein engagierter Gewerkschafter und Familienvater, möchte in den Nationalrat. Als Kantonsrat engagiert sich Hadorn insbesondere in der Finanzpolitik sowie bei gewerkschaftlichen Anliegen.

Nomination zuhanden der Amteipartei fiel einstimmig. Schaffner ist Rechtsanwältin, seit 2005 im Kantonsrat und dort als Vorsitzende

Bea Heim

Nationalrätin Bea Heim politisiert seit 2003 in der grossen Kammer der Bundesversammlung und hat sich durch



ihre energische Politarbeit, ihre Dossierkenntnisse und ihr Engagement in einem sehr breiten Themenfeld nachhaltig einen Namen gemacht und wird über die Parteigrenzen hinaus geschätzt. Die Sektion Starrkirch-Wil hat Heim zuhanden der Amteipartei Olten-Gösgen einstimmig nominiert.

WEITERE NOMINATIONSVERSAMMLUNGEN

Bezirk Wasseramt	26. Januar in Subingen
Amtei Thal-Gäu	28. Januar in Oberbuchsiten
Amtei Olten-Gösgen	24. Februar in Wangen bei Olten
Amtei Solothurn-Lebern:	28. Februar in Solothurn
Kantonaler Nominationsparteitag	7. April in Biberist

ABSTIMMUNG VOM 13. FEBRUAR 2011

Mittelstand entlasten und Kaufkraft stärken

Jährlich flattern im Oktober die Prämienankündigungen der Krankenkassen in unsere Briefkästen. Satte 28 Prozent beträgt die Erhöhungsankündigung meiner Krankenkasse für unsere fünf-



köpfige Familie vom 2010 auf das 2011... und dies bei ... exakt gleicher Leistung. Zahlreiche Familienväter und Mütter machen sich gegenwärtig sorgen für das kommende Jahr. Ein Anstieg von monatlich 200 Franken hinterlässt in jedem Haushaltsbudget Spuren.

Die Prämienverbilligungsinitiative (PVI) will erreichen, dass gerade auch Familien spürbar unter die Arme gegriffen wird: Der Kanton soll endlich das ihm zustehende Geld beim Bund abholen. Viele Eltern könnten dadurch wieder sorgenfreier schlafen. Als Gewerkschafter ist mir auch bewusst, dass damit der Konsum stabil gehalten und Arbeitsplätze in unserem Kanton gesichert werden. Sozialer Ausgleich ist zudem ein Akt christlicher Nächstenliebe, was eigentlich eine Selbstverständlichkeit in unserer Kultur sein sollte.

Philipp Hadorn Kantonratsrat aus Gerlafingen

Die Krankenkassenprämien steigen Jahr für Jahr in den Himmel. Für Familien und Normalverdiener bedroht diese Entwicklung das Haushaltsbudget. Denn weil die Krankenkassenprämien in den offiziellen Teuerungsstatistiken nicht ent-



halten sind, werden bei den Lohnabschlüssen keine Anpassungen gemacht. Man spricht von geringer Teuerung, von keiner Teuerung oder je nachdem sogar von Minusteuerung. Wie wenn das Leben durch die Steigerung bei den KK-Prämien nicht massiv teurer würde! In dieser Situation

braucht es eine bessere Prämienverbilligung. Es braucht die Prämienverbilligungs-Initiative, damit mehr Familien und Personen vom Druck entlastet werden können. Wer z.B. behauptet, der Mittelstand habe mit dieser Situation kein Problem, der verdient wohl in anderen Einkommens-Kategorien, weit weg von den Sorgen der Menschen. Darum braucht es ein JA zur Krankenkassen-Prämienverbilligungs-Initiative. Sie hilft dort, wo es weh tut!

Urs Huber Kantonratsrat aus Obergösgen

2010 hat eine vierköpfige Familie bestehend aus zwei Erwachsenen, einem Kind und einem jungen Erwachsenen durchschnittlich 11 000 Franken Krankenkassenprämien zahlen müssen. Bei einem Einkommen von 60 000 Franken hat die Familie eine Prämienverbilligung von 4300 Franken bekommen, d.h., von diesen 11 000 Franken hat sie immer noch 6700 Franken selber zahlen müssen. Bei



einem Einkommen von 60 000 Franken entsprechen die 6700 Franken Krankenkassenprämien einem Eigenanteil von über elf Prozent und liegen somit deutlich über der sozialpolitischen Zielsetzung des Bundes von acht Prozent. Unsere Initiative braucht es also, um dem sozialpolitischen Ziel wieder näher zu kommen.

Anna Rüefli Kantonratsrätin aus Solothurn

Familie Stampfli braucht Monat für Monat das Geld, das sie verdient. Jede zusätzliche Ausgabe belastet sie übermässig. Jetzt soll sie 700 Franken für höhere Prämien zusammenkratzen? Und tausend Franken, den Anteil der Arztrechnungen, den sie selber zahlen



muss? Und über 1000 Franken für Zahnarztrechnungen, die sowieso keine Versicherung übernimmt? Und, und...? Der Familie fehlen pro Jahr 2000 Franken für ihre Gesundheitskosten. Exakt diesen Betrag können wir ihr mit einer besseren kantonalen PV geben. Damit sie in Zukunft mehr tun kann für eine gute Zahnbehandlung und, und ... Tiefere Krankenkassenprämien sind machbar – rasch und ohne Leistungsabbau: mit einem Ja zur Prämienverbilligungs-Initiative.

Reiner Bernath, Hausarzt aus Solothurn

Als Stadtpräsident erlebe ich tagtäglich, wie sehr Familien und vorwiegend ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger mit einem mittleren Einkommen unter den ständig steigenden Krankenkassenprämien leiden. Eine wirksame Entlastung ist deshalb dringend nötig. Gerade auch dann, wenn eine weitere Entlastung immer unter



Berufung auf die an und für sich nicht so schlechten Kantonsfinanzen abgelehnt wurde und wird. Solange in diesem Land sowohl die bürgerlichen Mehrheitsparteien als auch die Grossverdiener in der Medizinal- und Pharmabranche den Kostenwahnsinn im Gesundheitswesen nicht stoppen wollen, braucht es hier eben den sozialen Ausgleich.

Boris Banga Stadtpräsident aus Grenchen

Eigenverantwortung nehmen wir als Familie wahr, indem wir mit genügend Bewegung zu unserer Gesundheit Sorge tragen, Sport betreiben, und mit gesunder Ernährung. Nicht jedes Krankheitszeichen endet mit einem Arztbesuch, auch Hausmittel und nicht kassenpflichtige Heilmittel helfen. Dennoch steigen in der Schweiz die Gesundheitskosten immer mehr und wir alle bezahlen immer höhere Prämien. Dies

belastet unser Familienbudget. Damit noch Geld für die übrigen Ausgaben bleibt, braucht es eine



Prämienverbilligung, die die unteren und mittleren Familieneinkommen wirklich entlastet. Dies kann ich mit meinem JA zur Prämienverbilligungsinitiative erreichen.

Franziska Burkhalter Kantonratsrätin aus Biberist

Wer krank wird, will gut versorgt sein, dafür zahlen wir Krankenkassenprämien. Gerade bei mittleren Einkommen belasten die steigenden Krankenkassenprämien das Haushaltsbudget enorm.



Der Einzelne kann da wenig daran ändern. Der Kanton Solothurn kann und muss es sich leisten mehr Prämienverbilligung zu bezahlen, weil er dank einem soliden Finanzhaushalt auch den nötigen Ausgabenspielraum hat. Statt dem Mittelstand ständig unrealistische Steuerentlastungen im Giesskannenprinzip zu versprechen, gilt es Steuergelder gezielt dort einzusetzen, wo es nötig und wirksam ist. Lassen wir mittlere Einkommen nicht im Stich, mehr Prämienverbilligung ist dringend nötig.

Susanne Schaffner Kantonratsrätin und Präsidentin der Finanzkommission aus Olten

Für viele Menschen in unserem Kanton sind die hohen Krankenkassenprämien schon seit Jahren ein Problem. Dass diese von Jahr zu Jahr überproportional steigen und einen immer grösseren Teil des Einkommens auffressen, ist eine Tatsache, die nicht geleugnet werden kann. Viele Familien und Alleinerziehende – aber auch ältere Menschen – müssen heute schon «unten durch». Wir können diesen Menschen etwas

– deshalb: Prämien runter und JA stimmen!

Luft verschaffen, indem wir für sie die Krankenkassenprämien verbilligen, oder wir schauen so lange zu, bis sie ins Netz des Sozialsystems fallen. So oder so bezahlen wir das mit unseren Steuern. Der Unterschied ist, dass der Kanton über die Sozialhilfe besser wegkommt, weil sich die Gemeinden an diesen Kosten beteiligen. Dieses Schwarzpeter-Spiel «Wer muss die Zechen bezahlen» trägt der Kanton aber auf dem Buckel der wirtschaftlich Schwächsten aus. Dieses unsoziale, zynische Spiel dürfen wir nicht weiter mitmachen und müssen deshalb den Kanton dazu zwingen, die Prämien zu verbilligen.



der wirtschaftlich Schwächsten aus. Dieses unsoziale, zynische Spiel dürfen wir nicht weiter mitmachen und müssen deshalb den Kanton dazu zwingen, die Prämien zu verbilligen.

Hardy Jäggi Gemeindepräsident aus Rechterswil

Mit ihrer Prämieninitiative beweist die SP Solothurn ihre Hartnäckigkeit und den langen Atem im Kampf für weniger Prämienbelastung und mehr Geld im Portemonnaie der Mittelstandsfamilien. Bereits vor 14 Jahren, im Januar 1997, wurde die erste Initiative «für eine faire Verbilligung der Krankenkassenprämien» lanciert. Sie verlangte, dass der Kanton beim Bund den ganzen für die Prämienverbilligung vorgesehenen Betrag abholt und ebenso viel aus eigenen Mitteln beisteuert. Die Initiative kam im Juni 1999 zur Abstimmung und erzielte einen Ja-Anteil von 49,5 Prozent. Weniger als 800 Stimmen fehlten kantonsweit für einen Sieg. Weil der Kantonsrat trotz diesem klaren Signal seine schmürzlige Prämienpolitik nicht änderte, lancierte die SP 2004 erneut eine Prämieninitiative, die im Frühling 2006 eingereicht wurde und 2007 in den Kantonsrat kam. Weil



mittlerweile die Gesetzgebung auf Bundesebene geändert wurde (Finanzausgleich, neue Aufgabenteilung und damit Änderung im KVG) war der Initiativtext nicht mehr umsetzbar. Die SP musste deshalb notgedrungen die Initiative zurückziehen. Sie formulierte unverzüglich eine neue Initiative und sammelte zum dritten Mal die 3000 nötigen Unterschriften für eine wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien. Diese Initiative kommt am 13. Februar zur Abstimmung. Sorgen wir dafür, dass nun ein jahrelanger Kampf zu einem erfolgreichen Ende kommt!

Die Prämien steigen und steigen, das Einkommen stagniert. Sparen ist nicht mehr möglich. Wenn in dieser Situation ein Kind eine ärztliche Abklärung oder eine regelmässige Therapie benötigt, höre ich oft am Telefon, dass sich Eltern fragen, wie sie das alles noch bezahlen sollen. Schlimmstenfalls verzichten sie auf die Behandlung und trösten sich mit einem schlechten Gewissen auf später. Leidtragende sind in dem Falle Kinder und Jugendliche, die dringend auf therapeutische Massnahmen angewiesen sind. Heute werden mit der Prämienverbilligung vor allem Familien mit tiefen Einkommen unterstützt. Das genügt nicht, eine Familie mit einem mittleren Einkommen und zwei Kindern kann sich die Versicherung von Krankheit ganz einfach nicht mehr leisten. Mit einem Ja zur Prämienverbilligungsinitiative helfe ich mit, diesen Missstand zu beheben.

Georg Hasenfratz Historiker und alt Kantonsrat aus Olten



Jahr für Jahr steigen die Prämien weiter an und belasten nicht nur die tiefsten, sondern auch mittlere Einkommen. Jede zweite Familie kommt somit in finanzielle Engpässe. Heute profitieren von der Prämienverbilligung lediglich die tieferen Einkommen. Die SP steht für Fairness im Gesundheitswe-

Christine Bigolin Kantonsrätin aus Aetigkofen

Die SP ist besorgt über die Situation des Mittelstandes, der Arbeitenden und der Familien, der Al-

teinerziehenden und der Rentner, der Leute mit kleinen Einkommen und jener, die um ihren Broterwerb zittern müssen. Mit Sorge erfüllt sie, dass die steigenden Krankenkassenprämien immer mehr Versicherte bis in den Mittelstand in Bedrängnis bringen. Da kommt die Abstimmung über die



SP-Initiative «für eine wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien» gerade recht. Damit wollen wir jene, die unter den hohen Prämien leiden, so entlasten, wie es vor dem Urnengang zum Krankenversicherungsgesetz versprochen wurde: dass niemand mehr als acht Prozent des Einkommens zu zahlen habe. Von diesem Ziel ist der Kanton Solothurn weit entfernt. Gleichzeitig zieht er sich mehr und mehr aus der Mitfinanzierung des Gesundheitswesens zurück und steigert damit den Prämienruck noch zusätzlich. Deshalb braucht es unser herzhaftes «Ja für eine wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien».

Bea Heim Nationalrätin aus Starrkirch-Wil

Die Delegierten der SP Kanton Solothurn haben am Parteitag vom 13. Januar die Parolen für die Abstimmungen vom 13. Februar gefasst:

PAROLEN

Die Delegierten der SP Kanton Solothurn haben am Parteitag vom 13. Januar die Parolen für die Abstimmungen vom 13. Februar gefasst:

- JA zur Volksinitiative für eine wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien
- JA zur Volksinitiative für Tagesstrukturen
- JA zum Verpflichtungskredit für den Bau eines Parkhauses am Kantonsspital Olten
- JA zur Volksinitiative für den Schutz vor Waffengewalt

sen. Sie setzt sich konsequent für patientenfreundliche Sparmassnahmen ein und möchte Fairness für die Versicherten. Mit unserem



«JA» für eine wirksame Verbilligung der Krankenkassenprämien sorgen wir dafür, dass ein jahrelanges Engagement zu einem erfolgreichen Resultat für die Bevölkerung führt.

Edna Baumgartner Vorstand SP-Dornach

Die Krankenkassenprämien steigen schon wieder. Die durchschnittliche Erhöhung beläuft



sich 2011 auf 7,5%; das ist viel, sehr viel. Davon betroffen sind besonders die Familien mit mittleren Einkommen. Nur die tiefsten Einkommen sind dank der Prämienverbilligung bei der Krankenkasse entlastet. Es ist dringend nötig, dass davon weitere Kreise profitieren können, denn sonst geht Kaufkraft verloren; es wird weniger konsumiert, die Wirtschaft schrumpft und Arbeitsplätze werden abgebaut. Wenn wir das nicht wollen, müssen wir nun das richtige tun! Die Prämienverbilligungen entlasten die Haushalte, stützen die Kaufkraft und sichern letztlich unsere Arbeitsplätze.

Giorgio Tuti Präsident Schweizerischer Eisenbahnerverband (SEV) aus Langendorf

Aus dem Kantonsrat

Gesamtarbeitsvertrag

Nachweis der Einhaltung im Submissionswesen

Im Submissionsrecht soll neu festgehalten werden, dass Anbietende – ob als Arbeitgeber an einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV)



beteiligt oder nicht – mit jedem Angebot eine schriftliche Bestätigung der zuständigen Paritätischen Kom-

mission vorzulegen haben, dass der GAV, insbesondere bezüglich Arbeitszeit, Löhne, Lohnzuschläge und Sozialleistungen, eingehalten wird. Die wirksame Kontrolle der Einhaltung der GAV-Bestimmungen ist eine der effizientesten Massnahmen, um Lohndumping im Bereich der öffentlichen Beschaffungen zu unterbinden. Die relativ offenen einschlägigen Bestimmungen im kantonalen Submissionsrecht sollen deshalb bindender ausgestaltet werden. Der Regierungsrat und die vorberatende Kommission lehnen den Auftrag mit der Begründung, «der Zweck des Submissionsrechts sei nicht, für die Bekämpfung des Lohndumpings in der Wirtschaft zu sorgen», ab. Aus diesem Grund haben Gewerkschaften und Gewerbler im November 2010 eine sehr erfolgreiche gemeinsame Infoveranstaltung durchgeführt und sind sich über die Parteigrenzen hinweg einig: Entgegen der Meinung der Regierung ist die Einführung flächendeckender und präventiver Nachweise in der Angebotseinreichung betreffend Einhaltung Arbeitszeit, Löhne, Lohnzuschläge und Sozialleistungen verhältnismässig. Die Tatsache, dass im Jahr 2008 rund 25 Prozent der kontrollierten Firmen gegen den GAV verstiessten, zeigt auf, dass auch im Kanton Solothurn Handlungsbedarf besteht. Der Kantonsrat wird im Januar oder März darüber befinden.

Heinz Glauser, Kantonsrat aus Olten
heinz.glauser@bluewin.ch

Landreserven

Positiver Schub für die Wirtschaftsförderung

Mit dem Kauf von 23,6 Hektaren voll erschlossenem Industrieland in Luterbach durch den Kanton Solothurn zeigt der Regierungsrat tatsächlich eine höchst erfreuliche



Wirtschaftsförderungsstrategie. Jetzt heisst es die «richtige» Nutzung zu finden, denn die einmalige Lage

dieses Landes und die hervorragende Erschliessung durch die Anschlussgleise der Bahn, sprechen gegen einen ausschliesslich mit Lastwagen bedienten Logistikbetrieb. Die vorgeschlagene Form einer Testplanung soll zukünftige Nutzungen aufzeigen. Optimal wären Nutzungen, welche auf die ebenfalls zukunftsgerichtete Bahnbedienung setzen würden. Klar positiv zu werten sind die, mit der Ansiedlung von Industriebetrieben verbundenen, wiedergewonnene Arbeitsplätze, welche der Kanton Solothurn gut brauchen kann. Ähnliche Strategien müsste der Kanton im Gäu und im Niederamt schmieden. Denn die bahnnahen Landreserven werden immer dünner und die flächenintensiven und meist nur mit Lastwagen bedienten Logistikbetriebe verbauen eine zukünftige Erschliessung mit Anschlussgleisen. Aus diesem Grund soll der Regierungsrat durch einen Auftrag verpflichtet werden, in der Überarbeitung des Richtplanes und der Raumplanung Landreserven für zukünftige Industriebetriebe, welche auf die Bahn setzen, zu sichern. Zusätzlich müsste aber auch auf die Bedürfnisse der Bahn selber Rücksicht genommen werden. Denn die zukünftigen Infrastrukturbauten von SBB, BLS und OeBB benötigen auch Landreserven.

Peter Schafer Kantonsrat aus Olten
peterschafer@bluewin.ch

Spitex

Verzichtsforderung für Kostenbeteiligung

In der Gesundheitsversorgung gilt der Grundsatz ambulant vor stationär. Dank ambulanter Spitex-



Dienstleistungen können Betroffene – ältere Menschen, kranke und chronisch kranke Kinder – zu Hause bleiben und gepflegt werden.

Nach einem stationären Aufenthalt können sie zudem sehr viel rascher nach Hause entlassen werden. Die Spitex leistet in den Gemeinden hervorragende Arbeit und die ambulanten Spitexdienstleistungen sind günstiger als stationäre Angebote. Ab dem 1. Januar 2011 trat bundesweit die neue Pflegefinanzierung in Kraft. Damit ist es möglich, den Spitex-Patienten und Patientinnen pro Tag einen Beitrag von maximal Fr. 15.95 in Rechnung zu stellen. Dies zusätzlich zum Selbstbehalt und der Franchise. Die selber zu tragenden Kosten werden sich für die Beteiligten dadurch massiv erhöhen. In der Antwort auf die Interpellation SP zur neuen Pflegefinanzierung verwies der Regierungsrat auf die Ergänzungsleistungen für betagte Menschen und insbesondere auch auf die Ergänzungsleistungen für Familien. Pflegebedürftigkeit sollte aber, wenn immer möglich, nicht zu Abhängigkeit von Ergänzungsleistungen und Sozialhilfe führen. Im Weiteren ist alles daran zu setzen, die Rahmenbedingungen so festzulegen, dass die ambulanten Leistungen für die Patienten auch weiterhin bezahlbar bleiben. Aus diesen Gründen braucht es keinen zusätzlichen Patientenbeitrag für ambulante Pflegedienstleistungen (Spitex) und auf die geplante Kostenbeteiligung ist zu verzichten. Dieser Auftrag wird demnächst in der Kommission und im Parlament behandelt.

Christine Bigolin Kantonsrätin aus Aetigkofen, christine.bigolin@bluewin.ch

Standesinitiative

Medienvielfalt gefordert

Im Gegensatz zu den gedruckten Medien ist die regionale Informationsvermittlung durch Radio und Fernsehen schweizweit gesichert. Sendungen wie die Regionaljour-



nale (beispielsweise Aargau-Solothurn auf DRS1) sind wichtig und garantieren eine Information über die

regionalen Belange. Ohne den Leistungsauftrag durch den Bund wären diese vermutlich längst aus dem Sendeprogramm gestrichen. Bei den Printmedien sind Bund und Verleger nicht in der Pflicht. Die Vielfalt bei den Druckmedien ist in den letzten Jahren immer kleiner geworden. So erscheint heute in den drei Kantonen AG, BL, SO mit der AZ lediglich noch eine einzige Tageszeitung. In anderen Regionen sieht es nicht anders aus. Die rein unternehmerische Ausrichtung mancher Zeitungen führt zudem dazu, dass der Informationsauftrag in den Hintergrund rutscht. Derartigen Monopolen gilt es entgegenzuwirken. Es ist dringend nötig, dass der Bund im Bereich der Printmedien, wie bei den elektronischen Medien Radio und Fernsehen, die regionale Versorgung sichert und seine Leistung erbringt. So könnten die Zeitungen von einem Gebührenanteil profitieren, welchen sie durch den Abschluss von Leistungsaufträgen abgelenken. Um die Unabhängigkeit der Medien zu garantieren, könnte ein demokratisch gewähltes Organ über die Umsetzung und Erfüllung der Leistungsverträge wachen. Die SP-Fraktion fordert daher mit einer Standesinitiative, dass der Bundesrat für eine Anpassung der Mediengesetzgebung zu sorgen hat und dass im Bereich der gedruckten Presse, analog zu Radio und Fernsehen, die regionale Versorgung gewährleistet ist und die Medienvielfalt gefördert wird.

Franziska Roth, Kantonsrätin aus Solothurn
rosso17@bluewin.ch